

Sattler-Tapezierer- u. Portefeüller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeüller-Verbandes

Nr. 22 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdernstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Missliche Postenlos

Berlin, 3. Juni 1927

Saboteure der Sozialpolitik.

Arbeiterschutz hindert die technische Entwicklung, nach Ansicht der Geschäftsleitung des Vereins der Maschinenfabrikanten. Nach § 6 des Arbeitsschutzgesetzes können zum Zwecke der Verhütung von Unfällen gefährlich bindende Bestimmungen erlassen werden über technische Einzelheiten beim Bau und der Ausstattung von Maschinen.

Die Fabrikanten behaupten nun, daß solche Bestimmungen die technische Weiterentwicklung im Maschinenbau erheblich hemmen würde. Die Unfallverhütung könnte mit anderen Mitteln viel wirksamer gefördert werden. Dann wird auf die Gewerbeaufsicht verwiesen, die soll es machen. Das würde in der Praxis nicht viel besagen, weil die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht ständig in den Betrieben liegen können. Bestehen indes gefährlich bindende Vorschriften, so müssen die Maschinenführer und Konstrukteure schon von vornherein die Unfallgefahren mit in ihren Berechnungen berücksichtigen. Daß dies nicht immer geschieht, dürfte feststehen, denn sonst würde in § 6 des Arbeitsschutzgesetzes nicht ausdrücklich darauf Bezug genommen werden. Die Angelegenheit dürfte im Reichsarbeitsrat zur Sprache kommen.

Dem Beispiel des preussischen Justizministers, der in seinem Erlaß die Strafverfolgungsbehörden aufgefordert hat, Arbeitszeitübertretungen scharf zu bestrafen, ist auch der bayerische Justizminister gefolgt: Es heißt da: „Am Interesse der Beschäftigten wie der arbeitslosen Arbeitnehmer hat die Staatsanwaltschaft Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften, insbesondere Verletzungen nach § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1249), nachdrücklich entgegenzutreten und auf die Verhängung von Strafen hinzuwirken, die dem Strafzweck entsprechen.“

Man kann sich den Jörn der Arbeitgeberorgane über die Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Unternehmertum vorstellen. Die Strafen werden nicht nur durch die Arbeit der Arbeitgeber, sondern auch durch die Arbeit der Arbeitnehmer zu forcieren.

Wie sieht denn aber die Sache in der Praxis, in der Wirklichkeit aus? Der Deutsche Verkehrsband hat an den Reichsarbeitsminister einen Offenen Brief gerichtet, in dem folgender Fall zur Kenntnis gebracht wird:

Eine Anzahl Berliner Konfektionsfirmen kamten in der Anordnung von Überstunden fast gar keine Grenzen, worauf sie am 13. Oktober 1926 von der Organisation der Gewerbeaufsicht zur Kontrolle gemeldet wurden. Ein Unternehmer stand am 6. Mai wegen Überstreckung der Überstunden vor der Strafkammer des Amtsgerichts Alt-Moabit. Da der Vorfall lange vor dem Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes lag, hätte eigentlich die alte Verordnung vom 21. Dezember 1923 zur Aburteilung herangezogen werden müssen. Der Verteidiger der Firma, Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer (Sonditus der Metall-Industriellen), legte sich vor Gericht aber energisch dafür ein, daß das neue Arbeitszeitgesetz als Unterlage herangezogen werden müsse. Demgemäß hat auch das Gericht entschieden und die Firma zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung ist aber folgender Satz von Interesse, den wir dem Offenen Brief im „Vorwärts“ entnehmen: Der Fall kam nicht nach der alten Verordnung vom 21. Dezember 1923 beurteilt werden, sondern nach der Novellierung von 14. April 1927, welche als das mildere Strafgesetz anzusehen und daher in Anwendung zu bringen ist.

Das Arbeitszeitgesetz ist also, wie wir bereits bei der Schaffung desselben besahen, ein Nojgesetz für die Unternehmer. Die wenigen Wochen nach Inkrafttreten desselben zeigen dies bereits zur Genüge. Und eine Berliner Strafkammer hat, wie obiger Fall zeigt, dies in einer Urteilsbegründung bestätigt.

Wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ihre Leser über den „Vogelnamen „Leistungslohn“ aufklärt, ist auch sehr interessant. Bekanntlich bezahlt heutzutage jeder Arbeiter überhaupt nur Leistungslohn. Das heißt: Wer nicht ein gewisses Pensum an Leistung brauchbarer Arbeit in einem bestimmten Zeitabchnitt leistet, der fliegt rückwärts aus dem Betrieb.

Daß dieses zu leistende Arbeitspensum im Zeitalter der Mechanisierung und Teilarbeit nicht gerade knapp bemessen wird, ist doch allgemein bekannt. Von was sollten denn die Unternehmer den Betrieb erweitern, Häuser kaufen und Autos kaufen, Autos anschaffen und sozialistische Vergnügungsorten unternehmen, wenn nicht vom Ertrag der Arbeit anderer!

Das Arbeitspensum ist fast ausnahmslos in jedem Betrieb, ob groß ob klein ziemlich reichlich bemessen. Daß es braucht es sich nicht etwa um Akkorarbeit zu handeln, sondern von jedem Lohnarbeiter wird ein bestimmtes Pensum an Arbeitsleistung verlangt, sonst gibt es kein aufbringen Lohn oder Entlassung.

Nun hat gelegentlich der letzten Lohnbewegung der Holzarbeiter Hamburgs im Mitteilungsblatt der Verwaltungsstelle des Verbandes folgendes gestanden:

„Im Betriebe wollen die Arbeitgeber, daß die Arbeiter rasch und unter äußerster Arbeitsleistung fertig gestellt werden, auch dann, wenn ein angemessener Verdienst erzielt wird.“

Das heißt also, wenn die Arbeiter bereits das menschlich mögliche arbeiten, um bei den hohen Stundenlöhnen oder Akkorpreisen“ angemessene Verdienste zu erzielen.

Pfingstwunder.

Von Blüten überfällt das Tal
Aus Blatt und Zweig und Hülle
Brach auf in tausendfält'ger Zahl.
Der Blüten bunte Fülle —
Umgeben uns in junger Pracht
Und glühn in allen Farben;
Auch in den Halmen strebt's mit Macht
Zu förnersteweren Garben.

Die Lerche hebt sich jubelnd auf
Und preist der Erden Schöne,
Aus Feld und Wald, den Berg hinauf,
Erzwingt sich der Chör der Lärne,
Lind wo du gehst und wo du siehst,
Will alles sich erheben.
Wo ist der Tod? Wer weht, wer weht!
Ringsum nur blühendes Leben.

Da wie ras das Hohenlied
Der Freiheit von den Jungen,
Das landobwärts, landaufwärts zieh.
Die Menschen all bezwungen.
Es dringe in die Kammernlein,
Wo stille Duldner hausen,
Es soll im Frühlingssonnenschein
Durch die Paläste flonnen.

Entseffelt ist die Wundermacht
An diesen Frühlingsfläkten.
Die Freiheit schreiet durch die Pracht
Und spottet aller Ketten.
Sie sendet ihren goldenen Pfeil
Jauschend in alle Lande,
Die Sonne spendet allen Heil
Und sprengt die letzten Bande.

Die Wahrheit kommt von unten auf,
Wie aus der Erdensthalde
Sich Keim und Blüte ringt herauf
In dieses lebensvolle,
In dieses große, bunte Sein
Voll Sonnenglanz und Segen.
So reist aus Dunkel, Kampf und Pei:
Erlösung uns entgegen!

Die Freiheit lebt im Sonnenstrahl.
In zukunftsrohen Fernen.
Wach auf, o Mensch, aus deiner Dur:
Von der Natur zu lernen.
Sie rief empor mit starker Macht,
Trotz allem Schutt und Blunder,
Des Frühlings heit're Zauberspracht.
Das große Pfingstwunder.

erzielen. Das ist aber noch immer nicht genug, die Arbeiter sollen sich noch mehr anstrengen, so will es der Unternehmer. Deshalb gehen die Unternehmer zu ihren Sündis, diese wiederum gehen zu den Schlichtern und laden ihnen, daß die Arbeiter sich hohe Verdienste erzielt hätten. Die Methode soll natürlich den Schlichter überzeugen, daß Lohnzulagen nicht nötig seien.

Das hat nun das erwähnte Mitteilungsblatt veranlaßt, den Holzarbeitern folgendes zu sagen:

„Wir fordern hiermit alle unsere Akkorarbeiter auf, ihre Arbeiten in angemessenem Arbeitstempo auszuführen, ohne Rücksicht auf die Wünsche ihrer Arbeitgeber

oder die Höhe des eigenen Verdienstes. Gegen solche Methoden in der Bekämpfung notwendiger Lohnforderungen muß mit allen Mitteln Front gemacht werden. Am jüßbarsten wird dies den Arbeitgebern, wenn jeder Akkorarbeiter mit seiner Arbeitskraft möglichst sparsam umgeht.“

Nun behauptet die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, daß sei „Ca cany“, eine alte Gewerkschaftslist. Wenn die Unternehmer mit unläuterem Mitteln die Arbeitsleistung zu steigern suchen und die Löhne herabdrücken, dann ist es eine Pflicht der Selbsterhaltung dagegen Front zu machen.

Die deutsche Arbeiterschaft ist in bezug auf „Ca cany“, viel zu sentimental und rücksichtslos eingestellt. Es wäre wirklich sehr notwendig, wenn mehr Maß und Ziel gehalten würde, wo in besonderen Akkorarbeit in Frage kommt.

Achte Sitzung des Bundesausschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, das Wort, um im Namen des Bundesausschusses den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, zu seinem 80 Geburtstag zu beglückwünschen. Nach Dankworten von Leipart begann der Bundesausschuß seine Beratungen.

Leipart erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten. Seine Ausführungen befaßten sich zum großen Teil mit internen Bundesangelegenheiten. Es können daher nur einige wenige Punkte kurz hervorgehoben werden.

Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeitgeber entsprechen würde. In letzter Sitzung hat der Bundesvorstand versucht, eine gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichstag zu richten. Da eine gemeinsame Eingabe sich nicht ermöglichen ließ, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem ADGB-Bund und Gewerkschaftsring einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet und sie zur Verweigerung von Überstunden erneut aufgefordert. Seitdem hat eine erfreuliche Agitation eingesetzt, von den Verbänden wie von den Ortsausschüssen. Der Vorstand hat eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Wirksamkeit zu schaffen.

Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, positive Forderungen auf dem Gebiet des Wohn- und Mietrechts zu formulieren. Richtlinien für eine soziale Gestaltung aufzustellen. Die Arbeiten der Kommission sind noch nicht abgeschlossen.

Die Beschlüsse des Londoner Wanderungskongresses sind einer sorgfältigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gezielte Regelung zu schaffen.

Für die in diesem Jahre stattfindenden sozialen Wahlen wird, wie auch früher geschehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden. Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Verlangen gerichtet, über etwaige gesundheitsschädliche Wirkungen der Rationalisierung Material zu beschaffen. Der Bundesvorstand wird diesem Wunsch entsprechen.

Dann ergriff Kollege Grafmann das Wort über das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen. Er gab zunächst einen historischen Überblick. Legien ist nach dem Kriege in den Vorstand des Roten Kreuzes eingetreten. Nach seinem Tode trat Grafmann an seine Stelle; beide aber nicht als Vertreter des Bundesvorstandes. Sie haben es genau in Anbetracht der überragenden Bedeutung des Roten Kreuzes, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß viele Gewerkschaftsmitglieder in den Rot-Kreuz-Kolonnen organisiert sind, vor allem aber, weil nach dem Kriege das Rote Kreuz zu einer großartigen Hilfsorganisation ausgebaut werden sollte und auch ausgebaut worden ist. Grafmann schiederte sodann die Unstimmigkeiten zwischen dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariterbund. Er wies auf die vorgelegten Anregungen des Bundesvorstandes hin, auch Gewerkschaftsvertreter in die Vorstände der provinziellen und lokalen Organisationen des Roten Kreuzes zu entsenden, um die Interessen der Arbeiterklasse auch dort zur Geltung zu bringen. Auf dem Bundesstag des Arbeiter-Samariterbundes wurde der Antrag angenommen, daß ein Vorstandsmitglied des ADGB in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten solle. Der Bundesvorstand hat diesem Wunsch des Arbeiter-Samariterbundes entsprochen und Grafmann mit dieser Vertretung

betraut. Wünschenswert wäre in Zukunft ein gezieltes Nebenamt der Organisationsleiter.

Kollege Rörpel erlittete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist im großen und ganzen gelungen, die Behörden so aufzuführen, daß eine gezielte Tätigkeit zu erwarten ist. Außer in Bayern und Württemberg.

Die Gerichtsbezirke liegen jetzt fest. Bei der Bestellung der Richter ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungsgestörber festzulegen. Der Bundesvorstand wird heute die Richter für das Reichsarbeitsgericht benennen müssen.

Der Baugewerksbund hat angeregt, für die Vertretung in der zweiten Instanz tüchtige Rechtsanwälte rechtzeitig zu sichern. Karpel wies auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwälte sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitsgerichtsgesetz ist erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozesskosten in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Mitteln stellen. Der Bundesvorstand ist daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt, nachdem die Gewerkschaften ihres Rechts erreicht haben, Beiträge mit Rechtsanwältinnen abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen selbst für die Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg ist der Ausbau der Arbeiterrepräsentation. Statt 3000 wie bisher werden künftig vielleicht 30.000 Streikkräfte jährlich berufsungsabhängig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2.250.000 Mark betragen; diese Kosten können teilweise erparnt werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Verzögerung von Rechtsanwältinnen verzichtet wird.

Der Bundesvorstand wird für eine einheitliche Schulung der Richter Sorge tragen müssen. Das ist heute leichter möglich als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vor schläge unterbreiten. Außerdem schlägt der Bundesvorstand die Errichtung einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeiterversicherung vor, die sich bei guter Leistung bald eine angesehene Stellung erringen kann. Der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat vor dem Kriege Gutes geleistet. Seit 1918 kann man das nicht mehr behaupten. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einmütig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen. Die Gewerkschaften brauchen auch keine Gedanken eines solchen Verbandes. Sie wissen selbst, in welcher Weise sie das kollektive Arbeitsrecht wollen.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Richtern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. 16 sind bewilligt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den ADBB, und 5 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsrang zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 4 Beisitzern. Die Arbeitgeber haben nun den Wunsch, daß doch 18 Beisitzer benannt werden. Dann würde die Verteilung entsprechend 12, 4 und 2 sein können. Die Verbände haben nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Zu bemerken ist, daß nur Reichsarbeitsrichter, keine Reichsarbeitsrichterschlichter benannt zu werden. Es kommt nicht auf besondere fachliche Spezialkenntnisse, sondern auf gute Beherrschung des kollektiven Arbeitsrechts an. Das einheitliche Arbeitsrecht soll von allen Berufs- und Berufsgruppen gemeinsam gefördert werden.

Kollege Spille erwiderte nimmere im Auftrage des Bundesvorstandes Vor schläge für einen Ausbau der Berichterstattung über die Lohnbewegungen und über die Berufslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Dr. Meyer-Bradnick, der Leiter der sozialhygienischen Abteilung des Bundesvorstandes, berichtete über die bevorstehende Tagung der Gesellschaft für Gewerkschaften in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neu aufgetretene Gewerkschaften einem weitgehenden Interessententum vor dem Standpunkte der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Dr. Arons, der Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, ergänzte die Ausführungen des Vorberichts über die Beschaffung von Material über etwaige gesundheitsschädliche Folgen der Rationalisierung in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neu aufgetretene Gewerkschaften einem weitgehenden Interessententum vor dem Standpunkte der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Dr. Arons, der Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, ergänzte die Ausführungen des Vorberichts über die Beschaffung von Material über etwaige gesundheitsschädliche Folgen der Rationalisierung in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neu aufgetretene Gewerkschaften einem weitgehenden Interessententum vor dem Standpunkte der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Der Ausschuss des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschärfung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Durch die Zulassung der ständigen Arbeitswoche und der Sonntagarbeit wird in mehr als der Hälfte aller Betriebe die Kontrolle der Aufsichtsbehörden über die Einhaltung der Arbeitszeit zur Unmöglichkeit. Die Arbeitslosigkeit im Beruf wird eine starke Zunahme erfahren und Reich und Gemeinden noch stärker belastet. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus besteht durchaus nicht. Seit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages ist eine starke Zunahme der Maschinenbetriebe zu verzeichnen, wodurch eine bedeutende Zahl von Arbeitern aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet wurde.

Eine lange und unkontrollierbare Arbeitszeit würde bei der Brathierstellung wieder die groben Mängel auslösen, wie sie so häufig vor der Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien bestanden haben. Der Achtstundentag und die sechs tägliche Arbeitswoche sind in unbedingt notwendig, wenn das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, unter Beachtung aller hygienischen und sanitären Anforderungen einwandfrei hergestellt werden soll. Im Auftrage der vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission erstattete Genosse Schlimme (Bundesvorstand) dann Bericht über Vor schläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Untersuchungsamt und unterbreitete formulierte Richtlinien nach den die Vereinheitlichung des Beitragsleistungen der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vor schlägen der Kommission vom Bundes ausschuss verabschiedet worden waren, stimmte er den neuen Vor schlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der lahnungsmäßigen Wochenzeiten (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Kriterien für Kampfundersetzungen (Streik und Maßregelung) sowie für soziale Untersuchungen herbeiführen sollen. Alle diese bezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegenwärtig wenigsten angenommen. Diese werden nun ebenfalls wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstag der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai befaßte sich der Bundes ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

den Ausschuss zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes wurden Geipart, Grafmann und Gerhard Hanna am Kongress teilnehmen. Inhaber des Amtes in der T. Bundesausschussamt amnestieren der bandssekretären wird auch August Dien, der Vorjüngling des Fabrikarbeiterverbandes nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungs sekretär des ADBB, Legauber, Knorr 11. Am 11. trat für eine Zusammenfassung der einheitlichen Leitung der bisher von den Verbänden selbst ausgehenden gewerkschaftlichen 'Elementarschulen' ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll

Ein Fünfundsiebzigjähriger.

Am ersten Pfingsttage, am 5. Juni, wird unser Freund und Kollege

Gustav Becker

65 Jahre alt. Die Jugendzeit Beckers fällt in die Sturm- und Drangperiode der deutschen Arbeiterbewegung, wo die Partei von der Staatsmacht verfolgt und die Gewerkschaften in ihren Anfängen standen. Und so war das Los unseres Gustav das eines echten Proletariatskinder: Volksschule, Lehre und Wanderschaft, die ihn in Verbindung mit den wenigen organisierten Kadern brachte. Becker war nicht lange der Geführte, sondern er wurde schon bereits in jungen Jahren an verantwortungsvollen Posten gestellt. Wir können hier nicht die Geschichte der Tapezierorganisation schreiben, aber nur soviel, daß Becker heute auf eine mehr als vierzigjährige Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken darf. Auf dem Hallescher Versammlungsverbandstag 1920 feierten wir Beckers fünfundsiebzigjähriges Jubiläum als Redakteur des Kadorgans der Tapezierer. Seit 1900 ist Becker als Angehörter für unsere Berufsgruppen unermüdblich tätig. Wenn Becker an diesem Tage auf sein arbeitsreiches Leben zurückblickt, so darf er von Stolz erfüllt sein. In dem, was die deutsche Arbeiter- und in besonderer die Gewerkschaftsbewegung heute darstellt, hat unser Kollege Becker sein rechtliches Anteil an Verdienst. Wir wollen wünschen, daß es unserem Geburtstagskinde vergönnt sein möge, in aller Frische und Gesundheit noch manches Jahr Anteil an der Fortentwicklung unserer Organisationen zu nehmen.

Der Hauptvorstand.

Er wies auf den Fragebogen, der vom Bundesvorstand ausgearbeitet worden ist, und von den Verbänden für diese Erhebung benutzt werden soll.

In der Debatte gingen die Vertreter der Verbände insbesondere auf die Berichterstattung über die Lohnbewegungen und die Geschäftslage in einzelnen ausgewählten Industriezweigen ein. Der Lohnpolitische Ausschuss des ADBB wird sich mit diesen Plänen noch im einzelnen beschäftigen.

Der Bundesausschuss gab einmütig der Überzeugung Ausdruck, daß das Dreifachsystem für die Hüttenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen

Pfingsttag.

Und ist es nicht ein Siegestag,
Das uns die Erde täglich schenkt?
Und ist es nicht ein heil'ger Geist,
Der rings aus allen Werben blüht?

Ein heil'ger Geist, ein freier Geist,
Erfülle uns, durchdringt das All!
Der leuchtend Feld und Wald durchschlägt,
Beredt wie froher Sprache Schall.

Es ist uns wie ein Himmelsruf,
Wenn herrlich strahlt der Sonne Glanz,
Die selbst den Kranken frober macht,
Daß er in Schmerzen lächeln muß.

Auch ihr, die müd' und iracundos seid,
Müht doch die Schmidtä heit im Bild,
Nach Blüten Duft und Blumenpracht,
Auch euch schlägt doch der Puls der Zeit!

Ihr sollt, wie Blüten ihren Kelch,
Der Freiheit eure Kräfte weihn!
Und wie des Lichtes müht'ger Gruß,
So sollt und müht ihr Kämpfer sein!

Und wie der jungen Saat der Reife,
Winkt uns'ren Ären Erntefeld!
Es ist der Geist, der heil'ge Geist,
Der sich nicht unterdrücken läßt!

So kämpfen wir, so siegen wir,
Und Pfingstgeist lähle unsere Kraft!
Ein fester Sinn, ein starker Geist,
Das Himmelreich auf Erden schafft!

Ist Zeit Geld?

Zeit ist Geld. Das ist ein für unsere Zeit charakteristisches Wort. Zeit ist Geld, und darum: Schnelligkeit. Schnelligkeit aber nur, soweit sie dieser Auffassung, daß Zeit Geld ist, entspricht. Darum eilen die Waren in zunehmendem Maße in schnellsten Ferntransporten durch die Gänge. Zur Eisenbahn hat sich das Auto gefügt und das Auto wiederum hat einen neuen Gast gefunden im Flugzeug. 1920 wurden nur 120 Tonnen Fracht durch die Luft getragen, doch 1925 schon 805 Tonnen, und man überlegt, wie man das Flugzeug noch mehr der Ware dienstbar machen kann.

Und der Mensch? Wenn auch er eine soziale Schnelligkeit? Morgen für Morgen in aller Frühe wandert er von seinem Hause zur Arbeit, reißt er zur Arbeit, viele Kilometer und Stundenwege bei Tauenden. Menschen aller Berufs, Handarbeiter und Kopfarbeiter. Tausende reißen so nach neuesten Verhältnissen aus dem weiten Bezirke, aus Städtchen und Dörfern, nach Stuttgart, während andere Massen - kapitalistische Menschökonomie - von Stuttgart aus im Bezirke draußen ihre Arbeit aufsuchen. 30.000 Menschen reisen täglich nach anderer Zählung aus dem weiten Bezirk nach Völsfeld als ihrer Arbeitsstätte in zwei- bis dreitägigen Wegen, weil die Schnelligkeit für die Ware, nicht für den Menschen gilt.

Zeit ist Geld? Ja, für den Besitz, für die Unternehmen, für jeden, der wirtschaftlich produziert oder wirtschaftlich geschäftlich handelt. Für die anderen alle, die Schaffenden mit Kopf oder Hand, für sie ist Zeit Verlust. Es ist erwiesen, daß den langen Arbeitswegen erhöhte Krankheitsziffern parallel gehen, und daß ebenso die Unfälle der Länge der Arbeitswege entsprechen. Zeit ist Verlust für Massen des Volkes.

Aber Zeit soll weder Geld noch Verlust sein. Zeit soll Kultur sein. Zeit ist Leben, und es gilt, ihm Inhalt zu geben, statt das Leben zu verdrängen auf den Straßen, in den Zügen und Wartehallen.

Zeit ist Kultur, und um so mehr ist eine Ordnung Kulturdichtung, je mehr sie Zeit läßt zur Kultur. Die Zeit ist nicht durch ein Gradmesser für die Kultur und der Achtstundentag eine Kulturforderung. Aber darum, daß er sein kann mit seinem sozialen und kulturellen Gehalt, darum auch als gewerkschaftliche Forderung: soziales Wohnen und sozialer Wertehorizont. Doch nur mit Erfolg, wenn Massen die Forderung tragen, bewachte Massen. Da aber pilgern Scharen notleidender Arbeitnehmern täglich in Stunden gebüdt zur Arbeit, zufrieden, als wenn sich ein kapitalistisches Chaos die größte Selbstverständlichkeit in der Welt wäre.

Der Sperling.

Ein großes Hindernis im Befreiungskampfe des Volkes ist so oft die große Vertrauenslosigkeit vieler Menschen. Sie sehen die Wirklichkeit nicht wie sie ist. Sie sehen sie durch eine geträubte Brille. Sie merken darum nichts von der Gefahr, die ihnen droht, nichts von der Ausbeutung, unter der sie leiden. Sie sind gutgläubig und leben mit Gutes.

Solche Arbeitskollegen sind gewiß die schlechtesten nicht, denn sie haben wenigstens eine gute Hoffnung. Aber sie müssen sie trübselig machen.

Dazu aber ist nichts besser geeignet als das Leben, die Wirklichkeit, die man immer und immer wieder in ihrer ganzen Ungerechtigkeit und Habsucht zeigen und beleuchten muß. Nichts macht klüger als die Erfahrung. Das zeigt uns ein so kleiner und kluger Vogel wie der Sperling recht schön.

Eine ausgezeichnete Beobachtungsgabe hat er. Er kennt seine Menschen. Er ist darum auf dem Lande ein anderer als in der Stadt. Er beobachtet scharf. Er faßt deshalb auch die Tiere, die ihm wohlgefällt sind, wie die die ihm übel fallen. Er merkt die einen und trübt mit den anderen zusammen aus einer Schüssel. Und weil er erfahren, daß gegenwärtige Hilfe ihm ebenfalls dienlich ist, so wartet er bei einer Gefahr nicht nur seine Spangenschellen and kluger, beobachtender Vortage.

Und weil er so immer beobachtet und trübselig prüft, so bekommt er im Laufe seines Lebens einen ausgezeichneten Erfahrungsschatz. Dieser wird größer von Jahr zu Jahr, und die Alten und die Jungen zeigen, wie Drobm folgt. Unterschiede wie zwischen Weisen und Toren.

Darum ist er auch nicht auszurufen. Darum ist er überall. Darum ist er da und läßt sich sein Leben nehmen und unterdrücken!

Macht die Augen auf! Verne lehen! Erkennt die Welt wie sie ist! Nur den gutgläubigen Spaken freuden die Kagen.

allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungswesen zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine einheitliche Fortbildung der bestehenden Schul- einrichtungen und Nichter der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schulrichtungen. Die Zahl der selbständigen Lehrkräfte soll im Vergleich zu den einheimischen Lehrkräften nicht mehr als ein Drittel betragen. Die Zahl der Schüler soll im Vergleich zu den einheimischen Schülern nicht mehr als ein Drittel betragen. Die Zahl der Lehrkräfte soll im Vergleich zu den einheimischen Lehrkräften nicht mehr als ein Drittel betragen. Die Zahl der Schüler soll im Vergleich zu den einheimischen Schülern nicht mehr als ein Drittel betragen.

Die kurze Debatte ergab die einstimmige Zustimmung der Verbandsexekutive zum Plan der neuen Bundes- schule. Der Bundesvorstand wird emühtlich die Errichtung der Schule unumkehrbar vorbereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben fernerer Regelung vorbehalten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichs- arbeitsrichter.

Erfolgreiche Praxis — gesunde Theorie.

„Die Industrie“, so sagt der amerikanische Finanzschrift- steller (Garrett Garrett), braucht seinen sich immer ver- größernden Vorrat, damit die Leute Mittel haben, es immer wachsenden Mengen der amuzierenden Anzu- frierprodukte zu kaufen.“ Aber damit nicht genug. Sie muß auch den Leuten mehr Zeit und Ruhe geben, damit sie die geschaffenen Güter genießen und verbrauchen können. „Das ist nicht nur die Anschauung eines Theoretikers. Es ist die Überzeugung der führenden Industriellen, Kaufleute und Bankiers in den Vereinigten Staaten. Sie sind sich einmütig — im Sinne weltweiter Unvergleichlichkeit — größere Menschenfreude als unsere Unternehmer. Es mag bei ihnen genau so viel Unternehmertum geben, die ihrer Vorsehung in ihrem eigenen Betriebe zunächst sehr erdlichen Widerstand zu leisten geneigt sind. Aber sie haben gelernt, daß ihre Zukunft, Waren abzusetzen, in dem Maße liegt, wie die Arbeiter in der gesamten Industrie sich erhöhen. Sie wissen, worauf es ankommt. Großer Umfang ermöglicht größere Produktion. Erweiterte Produktion führt zur Verminderung der Produktionskosten. Verminderung der Produktionskosten bedeutet Verbilligung der Erzeugnisse und bietet die Möglichkeit, höhere Löhne zu zahlen. Ohne Verbilligung der Erzeugnisse und Erhöhung der Löhne keine Steigerung des Umsatzes. Ohne Steigerung des Umsatzes keine Aussicht für sie, ihren Gewinn zu sichern und zu vergrößern.“

Wie andern Worten: Die amerikanischen Industriellen wissen, daß es darauf ankommt, für einen möglichst großen Absatz der industriellen Erzeugnisse zu sorgen. Die Frage: „Wie können wir genug produzieren?“ gibt es heute nicht mehr. Die Frage lautet heute: „Wie können wir das, was hergestellt wird, verkaufen?“ Aus dieser Erwägung heraus hat die amerikanischen Industriellen zu den Methoden der Massenproduktion gekommen. Diese Methoden ermög- lichen es, das verarbeitete Produkt industriellen Kraft- wagenes und — und zwar sowohl Kapital wie Arbeit — umgehend zu verteilend, wie es ihnen in den Vereinigten Staaten bei den Schichtarbeiten gelehrt ist.“

Die amerikanische Theorie der Wirtschaft ist nicht über das Prinzip der Knappheit, dessen ewige Geltung für alle Zeiten ein unerschütterliches Gesetz der Natur ist, zu gehen und reichlichen Lebensverhältnissen für die große Mehrheit des Volkes zu kommen. Sie glauben viel- mehr, daß die technischen Kräfte die Macht des Men- schen, der Erde Nahrung abzurufen, vervielfältigen.“ Sie sind überzeugt, daß die Kräfte unbegrenzter Entwicklung fähig sind. Sie waren die Zeugen einer bisher nicht er- reichten Entfaltung der Produktivität. Dieser Aufschwung zeigt aber keineswegs nur auf technische Fortschritte zurück, sondern auf eine Entdeckung anderer Art, die die Pioniere der amerikanischen Industrie im Verfolg ihrer geschäftlichen Überlegungen gemacht haben. Sie haben entdeckt, worin die wirkliche Natur des volkswirtschaftlichen Wohlstandes besteht. Während in Deutschland unendlich viel schlar- rinante Theorie aufgewendet wurde, um eine veraltete Praxis zu rechtfertigen, hat in den Vereinigten Staaten eine kluge, vorausschauende und erfolgreiche Praxis zu einer fruchtbarer Theorie geführt. Es ist die Theorie der „verteilenden Teilung“, der Gedanke, daß Produktions- kraft und Konsumkraft im gleichen Verhältnis wachsen müssen. D. h. daß, im dem Maße, in dem das verteil- bare Produkt zunimmt, sich auch der Lohnfonds ausdehnen muß, damit es den Leuten möglich ist, diese Waren zu kaufen.“ Diese Theorie beruht auf der Entdeckung der amerikanischen Geschäftleute, daß sich nationaler Wohl- stand und Reichtum in dem Verhältnis, wie man ihn teilt, vermehren“, auf der Einsicht, daß die Wohlstand in einem immer ansehnlicheren Maße geteilt werden kann und daß, je stärker man ihn teilt, desto mehr für jeden ein- zeln bleibt.“ Ein scheinbar widersprüchlicher Gedanke, aber der Widerspruch löst sich auf, sobald man sich die wirtschaftlichen Verhältnisse vergegenwärtigt, denen sich der Vorwärtsschritt der amerikanischen Unternehmer seit langem zu- genandt hat: Stärkere Ausnutzung der Technik, um die Produktionskosten für die Produktionen zu vermindern, Umstellung auf Massenproduktion, Erhöhung der Löhne, um immer wachsende Abnahgelegheiten für die gesteigerte Produktionsmenge zu schaffen. Die Folge war, daß „die Kräfte der Industrie sich schneller vermehren als die Bevölkerung.“ Das Wort, nicht nur die Arbeiter, sondern auch alle anderen Klassen, nicht zuletzt die Unternehmer selbst machen die Erklärung: „Je höher die Löhne steigen, desto billiger werden die Artikel.“ So wurde die Vertei- lung nichtwahrhaftig gegen das früher so beliebte und in- dustrywirtschaftlichen Sinnlichen wiederkehrende Argument, daß niedrige Löhne eine Verbindung verbilligter Pro- duktion und im Interesse der Wirtschaft geboten seien. Die nahm dieses prinzipiell, wirtschaftliche Vorgehen nicht mehr

ernst und stellt sich auf die Seite der fortschrittlichen Unter- nehmer, der Gemäßigten und jener Nationalökonomie, die die theoretischen Konsequenzen aus dieser neuen Ge- schäftspraxis zog.“

Diese optimistische Lohntheorie hat auch in Deutsch- land ihre Anhänger. Aber sie war in Deutschland bisher ohne Einfluß auf die Praxis. Die Praxis steht vielmehr noch heute im Banne der veralteten Theorie eines festbe- grenzten Lohnfonds. Der Pessimismus der Theoretiker aus den Anfängen der großindustriellen Entwicklung in Euro- pa beherrschte die Argumente der Unternehmer, mit denen sie sich in unzähligen Fällen unter patriotischem Hinweis auf „wirtschaftliche Notwendigkeiten“ Lohnerhöhungen widerlegten. Aber auch sie müssen lernen, was die amerikanischen Unternehmer gelernt haben, daß die Konsumkraft in gleichem Verhältnis wachsen muß wie die Produktionskraft. Diese Anschauung hat vor nahezu fünf- undzwanzig Jahren schon ein deutscher Nationalökonom, Heinrich Diefel, begründet. Aber seine Gedanken blieben reine Theorie, weil er selbst aus ihr nicht die einschneiden- den Konsequenzen für die Praxis zog und weil die deutschen Unternehmer noch nicht dahintergekommen waren, daß die Wirtschaft nicht nur auf die Arbeitskraft, sondern auch auf die Kaufkraft der Arbeiter angewiesen ist. Seine Gedanken waren nicht die Quintessenz in der Praxis der Wirtschaft wirklicher Anschauungen, sie waren noch nicht belebt von der Lieberzeugung, daß nationaler Wohlstand und Reichtum eine unbekante — und, soweit wir leben können — unbegrenzte Größe ist, begrenzt bloß bei Unwissenheit, Völligkeit und Vabacht.“ Daher fehlt ihnen die padende und unbekanntere Glaubenskraft, die die amerikanischen Theoretiker erfüllt. Dennoch verdient, was er über die Steigerung der Produktivität der Volkswirt- schaft“ sagte, gerade heute wieder hervorgehoben zu werden, wo die amerikanische Theorie von „elastischen Lohn- fonds“ verstanden wird.

Je mehr Produkte die Gesamtheit der Konsumenten und Produzenten zur Verfügung hat, desto höher die reale Gesamtkaufkraft. Die Gesamtheit, auf die Kaufkraft der Pro- dukte begründet, „effektive Nachfrage“ nach Produkten und damit desto höher die gesamte „effektive Nachfrage“ der Unternehmer nach Arbeitern.

Wenn die Produktivität der Volkswirtschaft steigt — wenn aus den gegebenen wirtschaftlichen Mitteln (Natur, Arbeit, Kapital) ein größeres Gesamtprodukt gewonnen wird als zuvor, mit anderen Worten: wenn hinsichtlich irgendwelcher Produkte ein Ertragsnis an volkswirtschaftli- chen Produktionskosten eingetrufen ist, so, wo die Nach- frage nach Arbeitskräften steigen und, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, demzufolge das Lohnniveau.

Das Gesamtprodukt ist der wahre Lohnfonds. Je fruchtbarer es sich hebt, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, desto fruchtbarer hebt sich das Arbeiterentkommen.

„Durch möglichste Ertragsnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten, durch möglichste Verbilligung aller Produkte das Gesamtprodukt auf das möglichste Maximum zu bringen; das Gesamtprodukt — den Dividendus — zuver- lässiger wachsen zu lassen als die Bevölkerung — der Besor- derung — wachst und so, mit Smith gegenüber, die Wirtschaftsgesellschaft zu einer ständig „fortschreitenden“ zu machen; darin drängt das Gesamtinteresse, mit dem das allgemeine Bestehen der Arbeiter, als Komponenten, wie als Prä- zedenz, sich hebt, während das Interesse der Grund- und Kapitalrentner, deren Einkommen sinkt, wenn die Pro- duktivität steigt, ihm entgegensteht. Ist möglichste Stei- gerung der Produktivität ist sowohl dem „Produktions“- wie dem „Verteilungs“-handpunkt“ ein Ziel, ohne unnütze zu wählern, entspricht gleichermaßen dem ökonomisch- technischen wie dem sozialen Interesse.“

Die Führer der amerikanischen Wirtschaft machen Ernst mit dem Gedanken der „ständig fortschreitenden Wirtschaftsgesellschaft“, deren Bewegungsgesetze freilich nicht auf so einfache Formeln zu bringen sind wie freie Konkurrenz, Herabsetzung der Produktionskosten durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit usw. Sie huldigen nicht mehr dem Fatalismus, der die Theorie und Praxis der Wirtschaft in 19. Jahrhundert gleichermassen in seinen Bann hielt, sie halten es für eine Wahndie, die veralteten Theorien ent- stammend, sich von Geisteslicht zu Geisteslicht fortplant, „daß der Befehl von der Größe hoher Gewinne zu den Lohnqualen der Krise der Gang der natürlichen Ordnung der Dinge ist.“ Sie glauben an die Möglichkeit einer konjunkturalen Wirtschaft, weil sie eine „andauernde Ver- teilung, ohne Freisetzungen, mit Preisen, die hoch genug sind, um die Produktionskosten zu decken und eine gute Ver- zinsung für das angelegte Kapital zu ermöglichen.“

Eine gleichmäßige andauernde Produktion ist ohne planwirtschaftliche Regulierung unmöglich. Sie erfordert ein Zusammenwirken von Unternehmern, Gemäßigten und Staat. Bezeichnend für die Einstellung amerikanischer Unter- nehmer zur Planwirtschaft ist folgender Vorgang der letzten Jahre. Vor einigen Jahren haben die amerikanischen Produzenten von Baumaterialien eine Hochkonjunktur im Baugewerbe voraus, hohe Preise während einer kurzen Zeitpausen, dann Zusammenbruch der Konjunktur und Depression. Die Unternehmer wüteten aber „den Dreck auf dem Kops“ behielten“ und verhinderten, daß die Preise „in die Luft fliegen“. Sie entschlossen sich daher, zu dem Staatsretar für Handel, Herbert Hoover, zu gehen, um sein Eingreifen zu erwirken. Hoover veran- lasste eine Gruppierung der Baupläne. An erster Stelle sollte für das Wichtigste gelangt werden: den Neubau von Häusern. Die Pläne für industrielle Neubauten sollten ein- geschränkt, die Pläne der Städte für Neubauten und öffentlichen Anlagen zurückgestellt und „als Nebenbeding- tungen“ für Zeiten flotten Geldzittages“ aufgehoben werden. Infolge dieses auf die Initiative der Unternehmer zurückgehenden Eingreifens der amerikanischen Regierung konnte das größte amerikanische Bauprogramm ohne Nach- schläge durchgeführt werden. Die Gefahr der Stilllegung von Betrieben, der Entlassung von Arbeitern, einer großen Arbeitslosigkeit wurde vermieden. Aus diesem Verhalten spricht eine neue Wirtschaftseinsicht, ein hohes Maß von planwirtschaftlichem Verantwortungsgefühl. Es ent-

spricht der geistigen Wandlung, die mindestens die führen- den amerikanischen Unternehmer erlebt haben, die, um ein bekanntes Wort von Henry Ford zu zitieren, nicht nur Motoren, sondern Menschen „bauen“ wollen.

Kein Wunder, daß die amerikanischen Unternehmer weniger an überhöhten Vorstellungen hängen als ihre europäischen Kollegen. Sie laden über die Ansicht, daß niedrige Löhne und lange Arbeitszeit die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie seien. Sie wissen, daß sie dem gesunden Menschenverstand wider- spricht. Sie haben ihren europäischen Konkurrenten in der Automobilindustrie, in der Spielwarenindustrie usw. das Gegenteil bewiesen. Die erste Voraussetzung für die Kon- kurrenzfähigkeit einer Industrie ist die Erhöhung des inneren Marktes. Eine „billige“ Arbeiterschaft kann weder Autos noch Spielwaren kaufen, sie kann sich keine Eigen- heime erwerben, noch für Kleider und Wäsche mehr als die bescheidensten Summen ausgeben. Wenn die Arbeiter- schaft zu Kunden für die Industrie werden soll, so müssen sich die europäischen Unternehmer zu der „neuen Lohntheorie“ der Amerikaner bekehren, daß Demotisierung des Wohl- standes das Geheimnis seiner Steigerung ist, so dem Ge- danken, daß hohe und immer steigende Löhne die Beding- ungen nationaler Wohlstandes sind, daß die Unter- nehmer zwingen, den Produktionsprozess innerhalb jeder Industrie durch Arbeit- und zeitsparende Maschinen zu vertzugen, zu neuen Kredit- und Verkaufsmethoden über- zugehen, die den Umsatz erleichtern und vervielfachen, daß sie durch Normalisierung der Dinge des täglichen Bedarfs überflüssige Kosten einsparen.

Die volkswirtschaftliche Funktion der Gewerkschaften besteht vor allem in dem Schutz der Konsumenten- und werttätigen Bevölkerung — weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus — gegenüber den Anprüchen der Wirt- schaft auf Kapitalerfolg und Kapitalbildung, in der Ver- bahrung des inneren Marktes durch produktionsfördernde Steigerung der Kaufkraft der Massen. Diese volkswirt- schaftliche Funktion der Gewerkschaften ist von einer Reihe weltbildender Nationalökonomie in Deutschland, wie Brentano und Brieis und anderen, längst erkannt. Höchstens Nationalökonomie unter dem Strich, Volksgemeinschafts- philosophen und Volkswirtschaftsprofessoren wie Hornecker und Duntmann — die beiden langsamsten Paradesperde, die von den deutschen Arbeitgebern auf vielen Tagungen der letzten Jahre mit faunensamer Ausdauer geritten wor- den sind — sind außerstande, den volkswirtschaftlichen Sinn der Gewerkschaften zu begreifen.

Die Verteidigung der Konsumenteninteressen ist hier freilich in dem weitesten Sinne zu verstehen, wie er in der „Arbeit“ (Oktober 1926) umschrieben worden ist. Die Gewerkschaften, so heißt es dort, erkennen nicht an, daß die jeweilige Marktlage in irgendeinem Sinne als Norm für die Höhe des Auskommens der Arbeitnehmer anzuerkennen ist. Ihrem Wirten liegt der Gedanke zugrunde, daß die Wirt- schaft nicht ihren Sinn in sich selbst trägt, sondern dem Leben dienbar sein muß, daß sie daher auch kein Recht habe, dem Lebenswillen Grenzen zu ziehen, sondern un- geteilt dem Lebenswillen des ganzen Volkes wie jedes einzelnen Raum zu freier Betätigung schaffen muß. Der Sinn der Wirtschaft ist nach ihrer Überzeugung die Befreiung von den Ketten, an die sie die von ihr abhängigen Menschen schmiedet, die Heberwindung des Zwangsryth- mus, in dem sie die in ihr Tätigen einschließt. Der Lebens- und Kulturwille der Arbeiterschaft wird durch die Gewerkschaften zu einer treibenden Kraft der wirtschaftlichen Ent- wicklung. Er stellt Forderungen an die Wirtschaft, die, am Maßstab der zufälligen Marktlage gemessen, wirtschaft- lich unvernünftig sein mögen. Aber ohne diese Spannung, die diese elementare Kraft in unser wirtschaftliches Leben hineinbringt, wird es niemals gelingen, die Wirtschaft, die um der Menschen willen da ist, den Menschen wieder dienlich zu machen und zu errischen, daß die vielgerühmte Herrschaft über die Natur ihnen die Herrschaft über das eigene Leben ermöglicht.“ Der gewerkschaftliche Kampf für die Lebensinteressen des werttätigen Volkes wird im Zu- sammenhang der neuen „Lohntheorie“ der Amerikaner erst in seiner ganzen Bedeutung für die Steigerung der Pro- duktivität der Wirtschaft erkennbar. Sie haben seit Jahr- zehnten für die Demotisierung des Wohlstandes gekämpft. Die neue Theorie von der „fortschreitenden Teilung“ rechtfertigt ihre Praxis. Wenn auch die deutschen Unternehmer sich in ihrer Lohn- und Arbeitspolitik zu der neuen Lohntheorie bekehren würden, läßen sich in kurzer Zeit unendliche Hemmungen beseitigen, die heute den Auf- schwung der deutschen Wirtschaft verhindern. L. E.

Die Stilllegung des Karosseriebaues bei den Dürkoppwerken A.-G. in Bielefeld.

Bei den Dürkopp-Werken A.-G. Abteilung Automobi- lbau, setzte schon im Oktober 1925 schlechter Geschäftsgang ein. Zuerst wurden 800 Mann beurlaubt. Davon in der Sattlerei zu Wehmannen 20 Kollegen. Nachdem folgte für die übrigen Kollegen eine neunwöchige Kurzarbeit. Dann lebte der Autobetrieb noch einmal auf, und es hatte sogar den Anschein, als ob die Krise überstanden sei. Aber bald machten sich wieder deutlich Anzeichen der Verschlechterung bemerkbar. Jetzt war natürlich die Arbeitskraft, wie immer, beim Unternehmenswert zu teuer. Es wurde reduzier- t und wieder kassiert, aber immer noch zu teuer. Erst waren es die Stillmacher, dann die Lackierer, und zuletzt die Sattler, die viel zu teuer arbeiteten.

Natürlich die hohen Angestelltengehälter waren nicht zu teuer, und diese hohen Beonten waren auch unab- lässlich. Nur die kleinen Angestellten wurden zum Teil abgebaut, und dann folgten zu Neujahr 1927 wieder 27 Kollegen durchweg alles Verbeiratete, die in früheren Jahren aus allen Gegenden des Reiches herangeholt worden waren. Es blieben nur noch 16 Kollegen im Betrieb, die den letzten Rest der Karosserien fertigstellen mußten. Nunmehr hat auch die Stunde für diese Kollegen ge- schlagen. Am 15. Mai sind alle bis auf einen Rest von vier Kollegen entlassen worden. Was weiter werden wird, können wir heute noch nicht sagen. Augenblicklich ist der gesamte Autobau in der Umstellung begriffen. Der Betrieb von Bielefeld wurde nach Bielefeld verlegt, und der Verkaufsladen in Berlin wurde geschlossen. Augenblicklich

*) Das ist wirtschaftlicher Gedanke — rationellste Heber- tzung mit Vorwort und einem Gang von Schweizer Spezial- Heber die in diesen Äußerungen behandeln Fragen werden in den nächsten vier Heften der „Gewerkschaftszeitung“ noch eine Reihe von Aufträgen erscheinen.

*) S. Diefel: „Der Produktionsinteresse der Arbeiter und die Sanftselbstheit“. Ein Beitrag zur Theorie von Arbeitsmarkt und Arbeitslohn. Jena 1903.

soll der Lastwagen das Rennen machen und vielleicht später auch auf wieder der Personenwagen. Die Motorisierung sollte dann nicht nur auf den Leistung des Kraftfahrzeuges als Mittel zum Zweck, sondern auch auf die Bedürfnisse des Kraftfahrers als Zweck selbst hin abgesehen werden. Es ist nicht möglich, die Kraftfahrzeuge im Interesse des Kraftfahrers billig herzustellen. Man fragen wir uns, warum liegt dieses? Natürlich wieder an der teuren Arbeitskraft — Oder aber — nach unserer Meinung, weil man den notwendigen Anstoß zur Herstellung verpasst hat. Während der Konstruktion ging es darunter und darüber, es wurde so oder so verfahren wie überall. Aus aller Herren Länder kamen Vertreter, um die billigen deutschen Autos zu kaufen. Aber mit der festen Währung sollte dann auch sofort die Krise ein. Sehr erheblich das Schlagwort und mit ihr die große Ausfuhr in Berlin. Deutsche saufen deutsche Wagen. Aber die saufen so gut wie „deutschen Nationalisten“ führten sich den Teufel daran und sie saufen amerikanische Wagen für Preise, von 30.000 bis 40.000 Mt. Aber für das gleiche Geld würden sie natürlich in Deutschland bestimmt einen ebenbürtigen Wagen bekommen haben. Aber weil das Material aus allen Wunden blutete und die Arbeitslosigkeit einen Höhepunkt erreicht hatte, wie wir es noch nicht erlebt hatten, brachen die tausendfachen aller Teufeln ihr Geld ins Ausland. Wirklich, vaterlandlose Gesellen diese nationalitätlosen Kapitalisten. Der Generaldirektor Möllerberg, als er noch Leiter des Werkes war, konnte den Mund auch nicht weit genug aufreißen. Deutsche kaufen deutsche Automobile, Fahrräder und Nähmaschinen. Ein Bierfahrer nach seinem Abgange von den Bierköpfern fährt derlei Generaldirektor in einem amerikanischen Auto. Ein verachtetes großes Interesse hat dieser Mann für sein früheres Werk aufgebracht. Er hat keinen Wert auf die Arbeiterkraft ist der Schuldige! — Aber auch wissen besser, wo die wahren Schuldigen liegen. Wenn Gehälter von 30, 40, 50, 60, 70tausend Mark und darüber bezahlt werden können, dann wissen wir, daß es die höchste Zeit ist, diese Wirtschaftsführer abzufeuern. Diesen Herren müßte doch die Schamrote ins Gesicht steigen gegenüber der Entlohnung ihrer Arbeiter und Angehörigen. Wir wollten mal leben, wenn diese Herren ihren Frauen 80 bis 40 Mt. auf den Tisch legen würden. Dann würde eine Revolution ausbrechen, wie wir sie wohl noch nicht erleben hätten. Auch hier, das Pferd, welches den Hauer verdirbt, bekommt ihn nicht. Es gilt hier die Lehre, Kollegen, verkauft eure Arbeitskraft so teuer wie möglich. Steine in den Verband, der nur allein eure Interessen vertreten kann. Ist mit aller Laubst und allem Jauchepfeif. Und dann mit dem Sänger — Einer kann nichts allein, doch wenn dem Kampf sich weihen Millionen im Verein. Siegen wir! So dann sicherlich!

5. Bohnenkampf.

Ein anonymer Angriff und eine offene Abwehr.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat im April 1927 eine Denkschrift gegen die Festsetzung des Internationalen Arbeitsamts über die Erhebungen zur Aufstellung eines Vergleichs zwischen den Vertriebskosten des Einzelhandels und denen der Konsumgenossenschaften veröffentlicht, die das Ergebnis von Probeeinkäufen in 44 Städten enthält, die mit einer Ausnahme (Hamburg) im Oktober 1925 vorgenommen worden sind. Eine Prüfung dieser Ergebnisse war nicht möglich, weil seit den Probeeinkäufen anderthalb Jahre vergangen sind und die Namen der Einzelhändler fehlen, während die Konsumvereine angegeben sind.

Ein solches Material ist wertlos. Da aber der Einzelhandel auf Grund seiner Feststellungen zu der Behauptung kommt, daß die Konsumvereine in 44 Fällen teurer als der Einzelhandel, in 11 Fällen der Einzelhändler teurer als die Konsumvereine und in 10 Fällen die Preise gleich seien, so kann mit Rücksicht auf die Bemerkung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, daß es sehr schwer sei, Preisvergleiche auf Grund von Probeeinkäufen festzustellen, die Behauptung auf Seite 5 und 6 seiner Denkschrift: „Bei den Untersuchungen, die die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels anfänglich der Preisvergleichsaktion der Reichsregierung im Herbst 1925 angelegt hat und auf die im dritten Teil näher eingegangen wird, hat sich nun ergeben, daß trotzdem der Einzelhändler in den meisten Fällen, die nicht ausnahmsweise sind, fast überall billiger ist als der ortsansässige Konsumverein. Es scheint also bei den Preisvergleichen, daß man je nach der Zusammenstellung der verschiedenen Warenarten zu positiven oder negativen Ergebnissen kommen kann“, nicht als beweiskräftig angesehen werden.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sich deshalb genötigt, in den 40 Städten, die in der Denkschrift der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erwähnt werden und in denen Konsumvereine des Zentralverbandes bestehen, durch die Konsumvereine in der Zeit vom 26. bis 29. April 1927 Probeeinkäufe beim Einzelhandel vorzunehmen und den dort festgestellten Preisen die Preise der Konsumvereine gegenüberzustellen. Bei diesen Probeeinkäufen wurden auch die Qualitäten der Waren sowohl des Einzelhandels als auch der Konsumvereine und die erhaltenen Gewichtsmengen einer Prüfung unterzogen. Die Konsumvereine wurden ersucht, den Preisangaben auch die Namen der Einzelhändler ihrem Bericht beizufügen, so daß das nunmehr zusammengestellte Material als objektiv, richtig und jederzeit vergleichbar angesehen werden muß. Diese Maßnahmen haben ein Bild ergeben, das dem der Denkschrift der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vollständig widerspricht.

Ueber die Wareneinkäufe sind bei den einzelnen Konsumvereinen Protokolle geführt worden. Die halbjährlichen Waren sind verriegelt worden und stehen jederzeit zur Verfügung.

Diese Probeeinkäufe haben ergeben, daß die Feststellung des Internationalen Arbeitsamts mit wenigen Ausnahmen den Tatsachen entspricht.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hatte bis jetzt keine Veranlassung, von sich aus Probeeinkäufe vorzunehmen zu lassen; nur die Behauptung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in seiner Denkschrift hat dazu geführt, daß er von den ihm angeschlossenen Konsum-

vereinen Erhebungen anstellen ließ, um ein vollständig einheitliches Material zu erhalten, und Klarheit in die Sache zu bringen.

Es ergab sich, daß in 30 Orten sämtliche Kleinhändler mehr oder weniger teurer waren als der Konsumverein, in zehn Städten waren einzelne Händler etwas billiger, und zwar in einem Orte zwei von fünf, in drei je einer von vier, in einem Orte zwei von zehn, in je drei Orten zwei von vier, in einem Orte zwei von acht Händlern.

Zusammen waren von 184 Händlern, deren Preise mit denen der in Betracht kommenden Konsumvereine verglichen wurden, 17 billiger, 2 gleichpreisig, 162 teurer.

In rund 90 Proz. aller Fälle war also der Konsumverein billiger!

Die Konsumvereine verkaufen die Waren an ihre Mitglieder zu Lagepreisen, Preiskontrollen liegt ihnen fern. Um so mehr spricht das Ergebnis der Erhebung zugunsten der gesellschaftlichen Bedarfsdeckung.

Sozialistische Schulpolitik.

Ein Kreis von Sozialdemokraten hat kürzlich auf Veranlassung des Parteivorstandes über die Frage der weltlichen Schule beraten. An der Besprechung nahmen eine Reihe namhafter Pädagogen teil. Das Material hatte Heinrich Schulz übernommen, der in einem abschließenden Kapitel seines ausgearbeiteten Buches „Der Weg zum Reich der Väter“ bereits in greifbar klaren Programmpunkten die Richtlinien für die künftige sozialistische Schulpolitik entworfen hat. Eine sehr bedenkliche Entschädigung, die im wesentlichen den Gedankenansätzen von Schulz entspricht, soll dem Kieler Parteitag zur Annahme empfohlen werden. Es wäre zu wünschen, daß diese Entschädigung in das Parteiprogramm eingefügt würde. Sie würden die knappen Überlegungen des Heidelberger Programms in wirksamer Weise ergänzen.

1. Die Sozialdemokratie erstrebt die Weltlichkeit der gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Fortbildungswelt an der bedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulpolitik. Die Ausschaltung der irrenden religiösen und monarchischen Gegensätze ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung leistungsfähiger Schulkörper und für die Erzielung pädagogischer Höchstleistungen. Die Erziehung des Religionsunterrichts und die ihm gleichzeitige Unterweisung weltanschaulicher Art ist für die Sozialdemokratie grundsätzlich keine wesentliche Angelegenheit. Sie überläßt dies unter Anerkennung des Elternrechts den Erziehungsberechtigten und den von diesen zu bestimmenden Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften.

2. Solange die allgemeine Weltlichkeit nicht erreicht ist, steht die Sozialdemokratie in der weltlichen (bekenntnisfreien) Schule der Reichsverfassung (Art. 146, Abs. 2, und Art. 149) ein wertvolles Ziel. Wenn die weltliche Schule auch als besondere Schranke innerhalb des heutigen verfallenden Schulwesens nicht als Verhinderung der sozialistischen Förderung angesehen ist und ihre Wirkungsweite bei der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens nicht voll zu entwickeln vermag, so bedeutet sie doch zum Grundpunkt der werdenden sozialistischen Gesellschaft als gegenüber allen anderen Schularten einen ersten Fortschritt. Sie ist daher von umfassender Erziehungsberechtigten durch freiwilligen Zusammenschluß und von den Parteimitgliedern allgemein durch Einwirkung auf beherrschende Stellen mit allen Mitteln zu erstreben und zu fördern. Vom Reich ist die von der Reichsverfassung angelegte gesetzliche Grundlage für die weltliche Schule zu verlangen, und bis dahin Schutz und Förderung behelfsmäßiger Einrichtungen, von den Ländern die Schaffung der erforderlichen schulorganisatorischen und lehrplannmäßigen Einrichtungen sowie die Heranziehung genügender und geeigneter Lehrkräfte; von den Gemeinden bereitwillige materielle und moralische Hilfe bei der Neueinrichtung und Erhaltung weltlicher Schulen. Eine besondere Schulaufsicht für die weltliche Schule wie für die anderen Schularten lehnt sie indes ab bei gleichzeitiger Förderung einer einheitlichen schulpolitischen Schulaufsicht durch den Staat.

3. Laut Parteimitglieder, die aus Gewissensgründen sich nicht entschließen können, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken, darf ein Zwang nicht ausgeübt werden. Es muß aber angestrebt werden, die in solchem Verhalten zum Ausdruck kommenden überbleibenden oder künstlich erzeugten Vorurteile gegen die weltliche Schule durch ständige Ausgestaltung und hervorragende Leistungen zu überwinden. Ueber Wesen und Geschichte der Religion in ihren verschiedenen Ausdrucksformen hat auch die weltliche Schule die Kinder zu unterweisen, wobei dem Wunsch der Reichsverfassung entsprechend Bedacht zu nehmen ist, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden, denn die Sozialdemokratie sieht unbeschadet der geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingtheit der Religionen und ihrer Ausdrucksformen in der Stellung des einzelnen Menschen zur Religion nach wie vor eine innere Angelegenheit des einzelnen.

4. Die Sozialdemokratie erhebt ferner mit der größten Entschiedenheit die Forderung an Reich, Länder und Gemeinden, daß sowohl bei der gegenwärtigen Rechtslage als beim Zustandekommen einer gesetzlichen Neuregelung die anderen Schularten, die schon aus äußerem Zwang von zahlreichen Kindern unterschiedlicher und sozialistischer Eltern besucht werden müssen, gleichfalls zur gewissenhaften Wahrung der erworbenen pädagogischen Grundzüge angehalten werden und nicht zu Stätten konfessioneller Engherzigkeit und Aufschwammens herabfallen dürfen. Grundsätzlich ist auf möglichst weitgehende Einheitslichkeit des deutschen Schulwesens im Hinblick und im inneren Schulbetrieb Wert zu legen und das beherrschende Auseinandergehen in religiös-weltanschaulicher Beziehung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

5. Soweit weltliche Schulen noch nicht oder nicht zu erreichen sind, sowie in Ländern und Gebieten, in denen die Simultanschule gesetzlich durch Ueberlieferung die herrschende Schulform ist, ist die Simultanschule im Sinne der Reichsverfassung zu unterstützen und vor der

konfessionalisierung zu schützen. Das kann auch dort geschehen, wo die Simultanschule bis auf weiteres die bessere Aussicht hat, den leistungsfähigeren Schulkörper zu bilden.

Das Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie.

In einem über 500 Seiten starken Band hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei sein Jahrbuch für 1926 herausgebracht. Es ist eine Fülle von Material her zusammengetragen, welches erst ein ausführliches Bild von Bewegung und von der Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung in der heutigen Gesellschaft gibt. Es wird im den heutigen Regierungsmehrheiten gegenüber, die Arbeiterinteressen zur Geltung zu bringen. Es ist aber zu erwarten, daß die Arbeitermassen mehr und mehr erkennen wie notwendig eine solche, klar umrissene Arbeiterpolitik gerade unter den heutigen Verhältnissen ist. In dem Maße, wie diese Erkenntnis forschreitet, wird sich die Masse auch wieder unter der Fahne der Sozialdemokratie sammeln.

Unsere Lohnbewegungen.

Tapezierergewerbe.
Oldenburg. Der Lohn für die älteste Facharbeitergruppe erhöht sich ab Mai von 85 Pf. auf 94 Pf.
Kassel. Der Lohn wurde durch Schiedspruch für die älteste Facharbeitergruppe auf 88 Pf., ab 1. Oktober auf 90 Pf. pro Stunde festgelegt. Der Lohn gilt auch für die Handwerkskammer am Ort sowie für die bei der Firma Bick beschäftigten Treibriemen.

Wohlfahrten. Ab 15. April wurde der Lohn für die älteste Facharbeitergruppe von 80 auf 85 Pf. pro Stunde erhöht.

Handwerks-Sattlergewerbe.
Görlitz. Der Lohn des Sattlers über 23 Jahre wird ab 1. Juni von 70 auf 80 Pf. pro Stunde erhöht. Die Leistungsanlagen bleiben. Die Arbeitszeit wurde auf acht Stunden täglich neu vereinbart.

Lederwarenindustrie.
Frankfurt a. M. — Offbeuhlach. Nach hartnäckigen zehntägigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern fällt das Reichsarbeitsministerium am 3. Mai 1927 folgenden Schiedspruch: Der Mindestlohn des gesamten Facharbeiters über 23 Jahre beträgt vom 29. April bis 30. September 1927 70 Pf.; ab 1. Oktober 1927 72 Pf. pro Stunde. (Also eine Lohnzulage von 8 Pf.) Dem prozentual entsprechend erhöhen sich die Lohnsätze aller übrigen Lohngruppen und Orntlassen.

Protokollnotiz. Die Kammer ist sich darüber einig, daß die Abtrottsöhne gemäß § 4 des Tarifvertrages vom 23. September 1926 in gleichem Verhältnis wie die Stundenlöhne zu erhöhen sind.

Verbindlichkeitsklärung.

Beglaubigte Abschrift.
Der Reichsarbeitsminister Berlin, den 27. Mai 1927. 11 C Nr. 2576/27.
Betrifft: Schiedspruch vom 3. Mai 1927 in dem Lohnstreit in der Lederwarenindustrie Frankfurt a. M. d. usw.
In dem Lohnstreit zwischen der Vereinigung ostdeutscher Leder- und Sattlerwarenfabrikanten, Landsberg a. M. und dem Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Böttchermeisterverband Berlin wird der Schiedspruch vom 3. Mai 1927, der unter dem Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streikfall bestellten Schlichters gefällig worden ist, gemäß Artikel I § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1925 für verbindlich erklärt.

Im Auftrag
ges. Dr. Weses.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)
Vom 30. Mai bis 5. Juni ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Die monatliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!
Alle Verwaltungsstellen, welche die Berichtstarie für Monat Mai noch nicht eingekandt haben, werden dringlich ersucht, das Verzeichnis bis spätestens zum 8. Juni nachzukommen.

Berlin. Auf eine 25 jährige Mitgliedschaft in der Organisation kann der Kollege Mag Graf Hoff, Tapezierer, zurückblicken.

Sterbefaßel.

Dresden. Im Alter von 29 Jahren starb der Kollege Kofferhauer Kurt Schnabel. Er war 21 Jahre Mitglied.
Leipzig. Im Alter von 78 Jahren starb am 12. Mai der Sattler Kollege August Seidel.
Ehre ihrem Andenken.